

N I E D E R S C H R I F T

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

der Universitätsstadt Marburg am Freitag, 26. Oktober 2001, 17:00 Uhr,

im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss,

Anwesenheit: SPD: Aab, Acker, Becker, Brahms, Chatzievgeniou, Daser, Dinnebier, Hussein, Löwer, Lotz-Halilovic, Meyer, Dr. Musket, Schlüter-Böhm, Schröter, Schüren, Schulze-Stampe, Sell, Severin, Spies, Dr. Weinbach;

CDU: Dersch, Gottschlich, Heck, Heubel, Jakobi, Kaufmann, Kiesel, Lohse, Oppermann, Pötter, Rehlich, Rising Hintz, Röhrkohl, Schaffner, Scherer, Dr. Wulff;

GRÜNE: Dr. Baumann, Giede, Göttling, Dr. Kahle, Laßmann, Markus, Neuwohner, Petz, Dr. Perabo, Schneider;

PDS/ML: Gottschaldt, Kolter, Köster-Sollwedel, Richter;

BfM: Schwindack, Zaun;

F.D.P.: Röllmann, Schwebel, Wüst;

MBL: Dr. Huesmann, Ludwig;

vom Magistrat:

Oberbürgermeister Möller,
Bürgermeister Vaupel,

vom ehrenamtlichen Magistrat:

Stadtrat Biver,
Stadträtin Dinnebier,
Stadträtin Schultheiß,
Stadtrat Sprywald,
Stadtrat Wehrum;

es fehlen entschuldigt:

Usinger – CDU – , Faecks – BfM –, Stadträtin Amend-Wegmann, Stadtrat Reinhard, Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek;

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner

Protokoll:

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer - SPD - eröffnet die Sitzung um 17:05 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgebracht.

Der Stadtverordnetenvorsteher gibt bekannt, dass die Stadtverordnete Alev Laßmann in das Amt der stellv. Stadtverordnetenvorsteherin nachgerückt ist und überreicht zusammen mit dem Oberbürgermeister einen Blumenstrauß.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Mit der Einladung zur heutigen Sitzung ist allen Stadtverordneten die Niederschrift über die Sitzung am 28. September 2001 zugegangen. Die Stadtverordneten Röhrkohl - CDU - weist darauf hin, dass die Kleine Anfrage Nr. 3 von ihr gestellt wurde und nicht wie abgedruckt von der Stadtverordneten Claudia Pötter - CDU -.

Das Protokoll wird entsprechend berichtigt. Weitere Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Die Niederschrift gilt in der abgeänderten Fassung als genehmigt.

zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung

1. Dringlichkeitsantrag aller Fraktionen betr. Spende für Flüchtlingskinder in Afghanistan

Der Stadtverordnete Köster begründet die Vorlage zusätzlich mündlich. Gegen die Dringlichkeit wird nicht gesprochen. Somit wird der Antrag als Tagesordnungspunkt 15.1 in die Tagesordnung eingefügt und entsprechend aufgerufen.

Der Antrag liegt der Niederschrift als Anlage bei.

2. Dringlichkeitsantrag der PDS-Fraktion betr. Krieg gegen Afghanistan

Die Stadtverordnete Astrid Kolter – PDS/ML – begründet die Dringlichkeit zusätzlich mündlich. Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Dr. Wulff – CDU –.

In der anschließenden Abstimmung unterstützen nur die Stadtverordneten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und PDS/ML die Dringlichkeit. Damit ist die erforderliche 2/3 Mehrheit des Hauses nicht erreicht. Der Antrag kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden. Die Vorlage liegt der Niederschrift als Anlage bei.

3. Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion betr. Kindertagesbetreuung

Für die CDU-Fraktion spricht die Stadtverordnete Gottschlich. Sie begründet die Vorlage zusätzlich mündlich. Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister. Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Severin – SPD –.

In der anschließenden Abstimmung wird die Dringlichkeit nur durch die CDU-Fraktion unterstützt. Damit kann der Antrag nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden. Die Vorlage liegt der Niederschrift als Anlage bei.

Die Stadtverordnete Dr. Perabo – Bündnis 90/Die Grünen – beantragt, eine persönliche Erklärung vorbringen zu dürfen. Der Stadtverordnetenvorsteher erteilt das Wort zum Vortrag dieser Erklärung.

Der Stadtverordnete Köster – PDS/ML – bemerkt, dass persönliche Erklärungen gemäß unserer Geschäftsordnung am Ende der Sitzung vorzutragen sind. Hierzu führt der Stadtverordnetenvorsteher aus:

Die persönliche Erklärung wurde sofort zugelassen, da sie einen direkten Bezug zum vorher behandelten Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion hat.

4. Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Baumbestand des Alten Botanischen Gartens

Die Stadtverordnete Lassmann begründet die Vorlage zusätzlich mündlich. Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister. Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Rehlich – CDU –.

In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Stadtverordneten der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der PDS/ML die Dringlichkeit. Damit ist die 2/3 Mehrheit des Hauses nicht erreicht. Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden. Auch dieser Antrag liegt der Niederschrift als Anlage bei.

Anschließend gibt der Stadtverordnetenvorsteher die von den Ausschüssen empfohlenen Veränderungen der Tagesordnung bekannt.

Zur Geschäftsordnung spricht die Stadtverordnete Gottschlich – CDU –. Der Schul- und Kulturausschuss hat wie so eben gehört, mehrheitlich empfohlen den Tagesordnungspunkt 16.3 Antrag der CDU-Fraktion betr. Fahrtkostenerstattung für Schülerinnen und Schüler zu vertagen und in der nächsten Sitzung des Schul- und Kulturausschusses zu behandeln. Die Stadtverordnete Gottschlich stellt den Antrag, diese Vorlage nicht zu vertagen. Für den Magistrat spricht der Bürgermeister.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus CDU und PDS bei Nein-Stimmen der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt 16.3 wird vertagt.

Der Stadtverordnete Götting – Bündnis 90/Die Grünen – stellt den Geschäftsordnungsantrag, diese Vorlage für erledigt zu erklären.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit 28 Stimmen aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen 27 Stimmen aus CDU, PDS, MBL, FDP und BfM folgenden Beschluss:

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

Die genaue Ermittlung des Abstimmungsergebnisses erfolgte auf Antrag des Stadtverordneten Köster – PDS/ML –.

Die Stadtverordnete Oppermann – CDU – meldet sich zur Geschäftsordnung und weist darauf hin, dass gemäß § 7 Abs. 7 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung vor der Abstimmung über einen Geschäftsordnungsantrag, eine Vorlage für erledigt zu erklären, der antragstellenden Fraktion das Wort zur Antragsbegründung zu geben ist. Es wird gewünscht, 5 min. zur Vorlage sprechen zu dürfen.

Der Stadtverordnetenvorsteher erklärt jedoch, dass er keine Wortmeldung aus dem Hause zu der Vorlage gesehen hat und der Antrag inzwischen vertagt und für erledigt erklärt wurde. Es besteht somit keine Möglichkeit mehr zu der Vorlage zu sprechen.

Anschließend entwickelt sich in der Stadtverordnetenversammlung eine heftige Debatte zur Rechtmäßigkeit dieses gewählten Verfahrens. Es wird dafür und dagegen gesprochen.

Um eine Einigung herbeizuführen beantragt der Stadtverordnete Dr. Wulff – CDU – eine Unterbrechung der Sitzung und die Einberufung des Ältestenrates.

Dieser Antrag wird von mehreren Ältestenratsmitgliedern unterstützt. Der Stadtverordnetenvorsteher unterbricht die Sitzung um 18:17 Uhr und ruft den Ältestenrat ein.

Die Sitzung wird fortgesetzt um 18:55 Uhr. Über die Verhandlungen im Ältestenrat berichtet der Stadtverordnetenvorsteher. Er bezieht sich auf die in der Stadtverordnetenversammlung gefassten Beschlüsse zur Vertagung und zur anschließenden Erledigterklärung des Antrages. Damit ist der Tagesordnungspunkt für heute erledigt. Es steht den Antragstellern selbstverständlich frei, das Thema erneut einzubringen und auch in der nächsten Sitzung des Schul- und Kulturausschusses und der Stadtverordnetenversammlung behandeln zu lassen.

Weitere Wortmeldungen zum Verfahren liegen nicht vor.

Damit ist die Tagesordnung in der abgeänderten Fassung genehmigt. Es folgt die Fragestunde.

zu 4 **Fragestunde**

zu 4.1 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Reinhold Becker (Nr.1 10/01)
Vorlage: VO/0422/2001**

Wie hoch waren die Gebühreneinnahmen in den einzelnen Bürgerhäusern bzw. Mehrzweckhallen in den Jahren 1999 und 2000? Aufgeschlüsselt nach den jeweiligen Stadtteilen.

Es antwortet der Bürgermeister.

Die Gebühreneinnahmen für die einzelnen Bürgerhäuser und Mehrzweckhallen gliedern sich für die Jahre 1999 und 2000 wie folgt:

Stadtteil	Einnahmen 1999	Einnahmen 2000
Bauerbach	14.881,16 DM	12.902,04 DM
Bortshausen	2.831,25 DM	2.207,90 DM
Cappel	41.774,00 DM	41.697,90 DM
Cyriaxweimar	---	---
Dilschhausen	2.750,50 DM	1.489,75 DM
Einhausen	9.225,20 DM	7.990,40 DM
Ginseldorf	2.204,01 DM	2.806,75 DM
Gisselberg	2.814,60 DM	2.533,45 DM
Haddamshausen	1.226,25 DM	1.707,50 DM
Hermershausen	1.792,80 DM	1.323,85 DM
Marbach	32.304,99 DM	27.545,72 DM
Michelbach	13.063,40 DM	11.774,70 DM
Moischt	12.405,00 DM	13.371,00 DM
Ronhausen	3.937,70 DM	2.943,60 DM
Schröck	836,25 DM	408,75 DM
Wehrda	8.810,29 DM	7.768,70 DM
Wehrshausen	120,00 DM	---

Zu den vorgenannten Zahlen soll noch folgendes bemerkt werden:

Die Mehrzweckhalle in Cyriaxweimar ist erst im Jahre 2000 fertiggestellt worden, erste Einnahmen wurden hier erst im Jahre 2001 erzielt.

Die mietbaren Räumlichkeiten im Stadtteil Wehrshausen wurden im Jahre 2000 umgebaut, erste Einnahmen wurden hier ebenfalls erst im Jahre 2001 erzielt.

Zum Bürgerhaus Marbach bleibt zu bemerken, dass die Räumlichkeiten nach einer Entscheidung des Schulamtes, Montags bis Freitags aufgrund des Schul- u. Kindergartensports nicht zur Vermietung bereitstehen. Einnahmen können daher in dieser Zeit nicht erzielt werden

zu **4.2** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Claudia Pötter (Nr.2 10/01)**
Vorlage: VO/0423/2001

Ist es möglich den ehrenamtlichen Wahlhelfern so rechtzeitig die Telefonnummer des Wahlvorstehers mitzuteilen, dass eine zeitliche Koordination vorab organisiert werden kann?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Eine Bekanntgabe der Telefonnummer des Wahlvorstehers ist nicht möglich, da diese dem Wahlamt nicht bekannt ist. Auch müsste jeder Wahlvorsteher sein Einverständnis zur Weitergabe der Telefonnummer erklären.

Weiterhin steht ein Teil der Wahlvorsteher bei der Berufung der Beisitzer noch nicht fest.

Eine Bekanntgabe der Telefonnummer kurz vor dem Wahltag ist nur mit einem erheblichen Mehraufwand an Zeit und Kosten möglich.

zu **4.3** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Claudia Pötter (Nr.3 10/01)**
Vorlage: VO/0425/2001

Besteht die Möglichkeit, auf den Wahlbenachrichtigungen die Wahllokale „Gemeinschaftshaus“ und „Gemeindehaus“ im Stadtteil Ockershausen optisch auffälliger zu differenzieren, da es bei den Wähler/innen diesbezüglich häufig zu Verwirrungen kommt?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Wenn mit dem Begriff „optisch auffälliger differenzieren“ eine farbliche Gestaltung oder ein anderes Schriftbild gemeint ist, so ist die programmtechnisch nicht möglich.

Sollte damit eine andere Bezeichnung der Wahllokale gemeint sein, so muss hierbei beachtet werden, dass vom Druckprogramm her nur eine bestimmte Feldgröße zur Verfügung steht. Hierfür muss eine sinnvolle Abkürzung gefunden werden.

Die richtigen Bezeichnungen

Gemeinschaftshaus der Vereinsgemeinschaft Ockershausen, Stiftstraße 28

und

Gemeindehaus der Matthäus-Kirchengemeinde, Borngasse 1, I. Stock (bzw. Erdgeschoss)

sind für die Druckfelder zu lang und können daher nicht verwandt werden.

Aus diesem Grund wurden die Bezeichnungen

Gemeinschaftshaus Ockershausen, Stiftstraße 28

und

Gemeindehaus Matthäuskirche, Borngasse 1, I. Stock (bzw. Erdgeschoss)

gewählt.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Pötter und Oppermann – CDU – werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.4** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Christa Perabo (Nr.4 10/01)**
Vorlage: VO/0426/2001

Ist es zutreffend, dass die neue Fußbrücke über die Lahn zwischen Rosenpark und Wehrdaerweg wieder abgerissen wurde und ist dem Magistrat bekannt, dass die Fußbrücke zwischen Wehrdaerweg und Unisportgelände seit mehr als 1 Jahr

wegen Baufälligkeit gesperrt ist?

Es antwortet der Bürgermeister.

Es ist richtig, dass die Fußgängerbrücke zwischen Rosenpark und Wehrdaer Weg wieder abgerissen wurde. Die Brücke ist vom Bauherrn des Rosenparks auf Privatgrundstücken errichtet worden. Die Absicht des Investors war es dabei, für die Dauer der Bauarbeiten in der Rosenstraße eine alternative Zuwegung zu schaffen. Die Brücke ist von Anfang an als Provisorium beantragt und genehmigt worden. Eine dauerhafte Nutzung war nie beabsichtigt. Auch die Konstruktion war als Provisorium angelegt und nicht für eine dauerhafte Nutzung geeignet.

Die gesperrte Fußgängerbrücke zwischen Wehrdaer Weg und Unisportgelände befindet sich im Eigentum der Universität. Die Universität ist an einer öffentlichen Zugänglichkeit des Unisportgeländes nicht interessiert. Ob die Brücke saniert werden soll, ist der Stadt nicht bekannt.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Dr. Perabo – Bündnis 90/Die Grünen –, Se-
werin – SPD –, Köster – PDS/ML – und Ludwig – MBL – werden ebenfalls durch
den Bürgermeister und den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.5** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Pandelis Chatzievgeniou (Nr.5 10/01)**
Vorlage: VO/0456/2001

Welche Pläne existieren beim Magistrat bezüglich der Einführung einer vom SGB IX vorgesehenen gemeinsamen Servicestelle der Rehabilitationsträger beim örtlichen Sozialhilfeträger?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Mit Inkrafttreten des SGB IX zum 01.07.2001 wurden die Sozial- und Jugendhilfeträger in den Kreis der bis dahin schon existierenden Rehabilitationsträger (Krankenkassen, Bundesanstalt für Arbeit, gesetzliche Unfallversicherung, gesetzliche Rentenversicherung, Träger der Kriegsoferversorgung/Kriegsopferversorge) aufgenommen.

Nach den §§ 22 ff. SGB IX sind die Rehabilitationsträger verpflichtet ein Netz gemeinsamer Servicestellen einzurichten. Dabei sollen die bereits vorhandenen Strukturen und Einrichtungen genutzt und ein trägerübergreifendes vernetztes Beratungssystem aufgebaut werden. Die einzelnen Servicestellen können räumlich bei einem der o. a. Rehabilitationsträger angesiedelt sein, müssen es aber nicht. Es ist lediglich zu gewährleisten, dass diese Stellen barrierefrei und für sehbehinderte Menschen kontrastreich ausgestattet sind.

Die Federführung für die Einrichtung dieser Servicestellen haben die Landesversicherungsanstalten übernommen. In Hessen wurde auf Landesebene im Februar 2001 eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich mit dieser Thematik befasst. Beabsichtigt ist, dass bis Ende 2002 der Aufbau des Servicestellennetzes abgeschlossen sein soll.

Was die Stadt Marburg betrifft sind uns keine aktuellen Vorhaben bekannt, ob und wenn ja wo und wie eine gemeinsame Servicestelle eingerichtet werden soll. Die Stadt selbst beabsichtigt derzeit nicht, eine solche Stelle im Sinne des SGB IX einzurichten, da uns hierzu die personellen, räumlichen und logistischen Ressourcen fehlen. Hinzuweisen ist an dieser Stelle auch, dass die Stadt Marburg

kein eingeständiger Sozialhilfeträger ist. Diese Funktion obliegt dem Landkreis Marburg-Biedenkopf.

zu **4.6** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Pandelis Chatzievgeniou (Nr.6 10/01)**
Vorlage: VO/0457/2001

Was kostet der Einbau eines Fahrstuhls vom Ortenbergsteg zu den Gleisen 2 und 4 bzw. 5 und 8?

Es antwortet der Bürgermeister.

Ein reiner Personenaufzug (ca. 6 Personen) kostet pro Stück ca. 195.000,00 DM. Ein Aufzug mit Fahrradmitnahmemöglichkeit, entsprechend dem vorgesehenen Aufzug am Kopfbahnsteig (26 Personen, 2 Fahrräder, Durchsteig mit 2 Türen), kostet ca. 280.000,00 DM. Hinzu kommen noch die jährlichen Unterhaltungskosten von ca. 25.000,00 DM für einen Aufzug.

Die Deutsche Bahn AG (DB) ist verpflichtet, im Zuge der Bahnhofssanierung auch die behindertengerechte Erreichbarkeit der Gleise sicherzustellen. Es wurde daher im Zusammenhang mit der Planung des Ortenbergsteges diskutiert, dies durch Aufzugsanlagen von den Bahnsteigen zum Ortenbergsteg zu realisieren. Dabei war die Vorstellung der Bahn, dass seitens der Bahn die Aufzüge zu den Gleisen finanziert werden, dann aber nach dem Bau in die Baulast und Unterhaltung der Stadt übergeben. Die seitens der Vertreter der Bahn geäußerte Erwartung, dass dadurch günstige Förderkonditionen für die Erneuerung des Steges erreicht werden können, hat sich nicht bestätigt. Auf Grund der hohen Unterhaltungskosten für die Aufzüge ist dieser Vorschlag für die Stadt nicht akzeptabel. Außerdem ist es erstrebenswert, dass auch die behinderten Fahrgäste der Bahn die Bahnsteige über die Empfangshalle des Bahngebäudes und nicht nur über den Ortenbergsteg erreichen.

Es wurde vereinbart, dass die Stadt die Planungen für den Ortenbergsteg, unabhängig von der von der Bahn zu bewältigenden Aufgabe "behindertengerechte Erschließung der Bahnsteige", weiter vorantreibt. Die Stadt wird die Option für eine Anbindung von Aufzügen an den beiden Bahnsteigen bei den weiteren Planungen berücksichtigen.

zu **4.7** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Pauli Spies (Nr.7 10/01)**
Vorlage: VO/0427/2001

Welche Erfahrungen wurden mit dem für 2001 neu eingerichteten Kulturfond gemacht, bzw. welche Projekte wurden gefördert?

Es antwortet der Bürgermeister.

Ziel des Marburger Kulturfonds ist die Unterstützung von größeren, auch überregional ausstrahlenden Kulturprojekten. Nachdem das Stadtparlament im Dezember 2000 grünes Licht für den Kulturfonds gab, wurden bis zum Einsendeschluss Ende Februar 2001 insgesamt 19 Projektanträge gestellt. Eine fünfköpfige Jury prämierte folgende Projekte:

- „Anatevka“ von der Schröcker Theatergruppe „Die Cäcilianer“;

- das Kunstprojekt „Ausufern – Skulpturenpromenade“ entlang der Lahn und Nebenarmen zwischen Marburg-Mitte und Wehrdaer Wehr;
- ein Videoprojekt „Zirkuskrimi“ von und mit Kindern;
- die Non-Stop-Lesung von Walter Kempowskis „Echolot“ von der Neuen Literarischen Gesellschaft.

Einschließlich dem Projekt „Ausufern – Skulpturenpromenade“ vergab die Jury Preise in Höhe von insgesamt 40.000 DM. Insbesondere die beiden ersten Projekte haben auch überregionale Aufmerksamkeit erregt. Insofern kann von einem erfolgreichen Einstieg gesprochen werden. Bei größerer Antragszeit und höherem Bekanntheitsgrad des Marburger Kulturfonds innerhalb der Marburger Kulturträger erwarten wir für die nächsten Jahre noch einen Anstieg der Resonanz. Angesichts des Wettbewerbs der Städte auch im kulturellen Bereich ist die Einrichtung des Marburger Kulturfonds eine richtungsweisende kulturpolitische Entscheidung gewesen. Diese hilft, in diesem Kreativ-Wettbewerb zu bestehen. Der nächste Einsendeschluss ist am 30.11.2001 (Antragsformulare unter www.marburg.de – Kultur – Kulturamt-Services – Marburger Kulturfonds).

**zu 4.8 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Ursula Schulze-Stampe (Nr.8 10/01)
Vorlage: VO/0458/2001**

Wo befindet sich die Bank, die das Marburger Rateteam bei der Sendung „8 und fertig los“ gewonnen hat und wann wird sie an einem geeigneten Platz aufgestellt?

Es antwortet der Bürgermeister.

Die Bank (ein Stahlmodell in Form einer 8) befindet sich in der großen städtischen Lagerscheune unweit des Bürgerhauses Marbach. Herr Scharlau, Abt. Bauplanung, hat die Bank dort verwahrt und ggf. auch den Zugang zu ihr.

Die Vorschläge seitens Herrn Scharlau zur Aufstellung der Bank an geeignetem Platz lauten:

1. an neu gestalteten Zootomieplatz oder
2. am Trojedamm im Eingangsbereich zum neuen Erlebnisbad.

Die endgültige Entscheidung über die Aufstellung sollten die Stadtverordneten treffen.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Gottschlich – CDU –, Schulze-Stampe – SPD –, Spies – SPD – und Köster – PDS/ML – werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

**zu 4.9 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Schulze-Stampe (Nr.9 10/01)
Vorlage: VO/0459/2001**

Wie hoch ist die Miete für den Fürstensaal / Schloss bei kulturellen Veranstaltungen?

Es antwortet der Bürgermeister.

Die Preise für die Räumlichkeiten der Universität werden nach Veranstaltungen in Klassen und Räumen nach Gruppen unterteilt. Hinzu kommen Preise für Sonder- und Sicherheitsleistung.

Details können der beigelegten Anlage entnommen werden.

zu **4.10** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr.10 10/01)**
Vorlage: VO/0460/2001

Wird die „Islamische Schule Marburg e. V.“ mit öffentlichen Mitteln gefördert und wenn dies der Fall ist: Wie sieht die Förderung aus?

Es antwortet der Bürgermeister.

Nein.

Weder beim städtischen noch beim Staatlichen Schulamt liegen Erkenntnisse darüber vor, dass dieser Verein öffentliche Mittel aus dem Schulbereich erhält. Nach Feststellung des Staatlichen Schulamtes handelt es sich um eine freie Unterrichtseinrichtung und nicht um eine anzeigepflichtige Ergänzungs- oder eine staatlich anerkannte Ersatzschule. Die übliche Förderung für sogenannte Privatschulen nach dem Ersatzschulfinanzierungsgesetz entfällt somit ohnehin.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Schwebel – FDP – wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu **4.11** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr.11 10/01)**
Vorlage: VO/0461/2001

Welche Möglichkeiten der Information und des Zivilschutzes der Bevölkerung gibt es in der Universitätsstadt Marburg für einen Katastrophenfall?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Zivil- und Katastrophenschutz ist Aufgabe des Landrats.

Die Information der Bevölkerung im Katastrophenfall erfolgt durch das Warnamt in Bonn und die Krisenzentren der Bundesländer über die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten.

Im Stadtbüro sind Informationsbroschüren „Für den Notfall versorgt“ ausgelegt.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Schwebel – FDP – wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.12** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr.12 10/01)**
Vorlage: VO/0471/2001

Ist der Magistrat bereit, die Sicherheit der Fahrradwege entlang der Lahn (z. B. im Bereich des Rudolfsplatzes und am Trojedamm) zu verbessern und welche Maßnahmen sind für 2002 geplant?

Es antwortet der Bürgermeister.

Aufgrund seiner attraktiven Streckenführung entlang der Lahn wird der Lahnuferweg von vielen Radfahrern benutzt. Aus diesem Grund ist die Verwaltung ständig um die Attraktivität und Sicherheit dieser Wege bemüht.

Durch den Kontrolleur der Tiefbauabteilung werden die Radwege entlang der Lahn vierteljährlich überprüft. Mögliche Unfallgefahren für Radfahrer werden umgehend dem Dienstleistungsbetrieb der Stadt Marburg gemeldet und durch diesen behoben. Größere Umgestaltungen der Radwege mit großem finanziellen Aufwand können nur Zug um Zug durchgeführt werden.

Zur Zeit erfolgt die Verbreiterung des Trojedamms auf Höhe der neuen Wohnprojekte.

Im kommenden Jahr sind an den Radwegen entlang der Lahn folgende Maßnahmen geplant:

1. Verbreiterung des Geh-/Radweges Trojedamm im Bereich des ehem. Sommerbades und auf Höhe des Universitätsstadions auf 4,00 m

Aufgrund des hohen Fußgänger- und Radfahreraufkommens ist geplant, den 2,00 m breiten Rad- und Gehweg Trojedamm zu verbreitern. Durch den Bau des Freizeitbades mit gleichzeitiger Umgestaltung der Außenanlagen ist es möglich, den direkt an die Freianlage des neuen Bades angrenzenden Geh- und Radweg zu integrieren und auf 4,00 m zu verbreitern. Zusätzlich ist eine Verbreiterung auf Höhe des Universitätsstadions vorgesehen.

2. Austausch des Kopfsteinpflasters auf Höhe des Rudolphsplatzes

Auf dem Lahnuferweg soll von dem Teilstück Rudolphsplatz / Weidenhäuser Brücke bis zum gemeinsamen Geh-/Radweg in der Uferstraße auf einer Länge von ca. 90 m das bestehende Kopfsteinpflaster durch Betonsteinpflaster ausgetauscht werden.

3. Ausbau der Verbindung des Lahnuferweges zur Autoauffahrt Uferstraße

Zur Verbesserung der Befahrbarkeit des Parkplatzes Lahnvorland bei gleichzeitiger Verringerung des Gefahrenrisikos für Radfahrer ist ein Austausch der Rasenkammersteine durch Betonsteinpflaster auf einer Länge von 115 m und einer Breite von 2,50 m vorgesehen. Mit dieser Verbindung des Lahnuferweges bis zur Autoauffahrt von dem Parkplatz Lahnvorland wird ein problemloser Übergang auf die Uferstraße und den dort befindlichen Radweg erreicht.

4. Ausbau eines Fuß/Radweges hinter den Kleingärten am Afföller

Durch den Ausbau soll die gemeinsame Benutzung der für den Kfz-Verkehr freigegebenen Afföllerstraße durch Radfahrer vermieden werden. Die Umlegung eines Teilabschnittes des Lahnradweges ermöglicht eine Anbindung an bestehende Wirtschaftswege und den Lahnuferweg. Zudem wird der bisher komplizierte Streckenverlauf übersichtlicher, was insbesondere für ortsfremde Radfahrer die Nutzung vereinfacht. Das Plus an Sicherheit und Attraktivität soll durch Zurückschnitt und Versetzen der Hecken auf einer Länge von ca. 135 m bei gleichzeitiger Verbreiterung des Weges auf 2,50 m erreicht werden. Im Einklang mit dem bestehenden Wegen soll eine Befestigung mit Betonsteinpflaster erfolgen.

5. Verbreiterung des Geh-/Radweges zwischen Luisa-Heuer-Brücke und Mensa-Steg

Im Zuge der Deichsanierung ist die Verbreiterung des Geh-/Radweges zwischen der Luisa-Heuer-Brücke und dem Mensa-Steg geplant. Zusätzlich sollen in diesem Bereich Fahrradabstellanlagen in Abstimmung mit der Universität/Studentenwerk montiert werden.

Sollten weitere Probleme bekannt sein, können diese jederzeit direkt bei der Tiefbauabteilung gemeldet werden.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Severin – SPD – wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu 4.13 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr.13 10/01) Vorlage: VO/0472/2001

In welchen Marburger Straßen wurde in den letzten Jahren häufig die Geschwindigkeit übertreten und welche Maßnahmen hat die Straßenverkehrsbehörde ergriffen, um dieses Problem zu minimieren?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

In Straßen, in denen nach eigenen Beobachtungen oder nach Angaben von Anwohnern zu schnell gefahren wird, werden in der Regel mit der visuellen Geschwindigkeitsmesseanlage die tatsächlich gefahrenen Geschwindigkeiten ermittelt. Sollte sich dabei herausstellen, dass tatsächlich zu schnell gefahren wird, werden Geschwindigkeitskontrollen mit dem Lichtschrankenmessgerät mit den entsprechenden Verwarnungen durchgeführt.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Severin – SPD –, Köster – PDS/ML – und Dr. Baumann – Bündnis 90/Die Grünen – werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.14 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Ralf Musket (Nr.14 10/01) Vorlage: VO/0473/2001

Welchen Entwicklungsstand hat der nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz für die Stadt zu erstellende Lärminderungsplan, wann ist mit der Fertigstellung zu rechnen und wie sind die bisher dafür eingesetzten Mittel verwendet worden?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Nach § 47 a Bundesimmissionsschutzgesetz ist die Erstellung von Lärminderungsplänen wie folgt vorgesehen:

- (1) In Gebieten, in denen schädliche Umwelteinwirkungen durch Geräusche hervorgerufen werden oder zu erwarten sind, haben die Gemeinden oder die nach Landesrecht zuständigen Behörden die Belastung durch die einwirkenden Geräuschquellen zu erfassen und ihre Auswirkungen auf die Umwelt festzustellen.

- (2) Die Gemeinde oder die nach Landesrecht zuständige Behörde hat für die Wohngebiete und andere schutzwürdige Gebiete Lärminderungspläne aufzustellen, wenn in den Gebieten nicht nur vorübergehend schädliche Umwelteinwirkungen durch Geräusche hervorgerufen werden oder zu erwarten sind und die Beseitigung oder Verminderung der schädlichen Umwelteinwirkungen ein abgestimmtes Vorgehen gegen verschiedenartige Lärmquellen erfordert. Bei der Aufstellung sind die Erfordernisse der Raumordnung und Landesplanung zu beachten.

Fristen für die Erstellung der Lärminderungspläne bestehen nicht.

Derzeit werden Abschätzungen der Lärmimmissionen auf der Grundlage des Lärmkatasters von 1987 vorgenommen. Ein EDV-Programm (Soundplan) für die Erarbeitung des Lärminderungsplanes wurde angeschafft und bisher für die Erstellung von Stellungnahmen für das Amt 60 eingesetzt. Die Erstellung des flächendeckenden Lärminderungsplanes setzt eine Verzahnung mit dem GIS voraus, die noch nicht realisiert werden konnte. Der Zeitpunkt der Fertigstellung des Lärminderungsplanes ist derzeit nicht abschätzbar, da sich der zuständige Sachbearbeiter noch bis 2002 im Erziehungsurlaub befindet.

Z. Z. wird jedoch geprüft, ob ein externes Büro mit der Erstellung des Lärminderungsplanes beauftragt werden soll. Zusätzliche Haushaltsmittel wären in der 2. Lesung zum Haushalt 2002 einzustellen.

Haushaltsstelle: 2.1130.950 000.7

Jahr	Ansatz in DM	Ausgabe in DM
1999	50.000	23.490
2000	25.000	-----
2001	10.000	-----

Die 23.490 DM in 1999 wurden für eine Geodatenbank SoundPlan Basis zur Erstellung eines Lärminderungsplanes ausgegeben.

zu **4.15** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster (Nr.15 10/01)**
Vorlage: VO/0474/2001

Sieht der Magistrat die Möglichkeit, der Schule für Praktisch Bildbare auf dem benachbarten Gelände des Psychatrieparks in dem angedachten Gebäude Räume zur Verfügung zu stellen, wie es die Schulleitung aufgrund ihrer massiven Raumprobleme wünscht?

Es antwortet der Bürgermeister.

Der Magistrat hat in seiner Sitzung am 13. August 2001 den zusätzlichen Raumbedarf für die Schule für Praktisch Bildbare anerkannt.

Derzeit wird konkret geprüft, wie der Raumnot zeitnah und wirtschaftlich vertretbar begegnet werden kann. Als Möglichkeiten bieten sich Anmietungen geeigneter Räume Auslagerung in andere Schulen, Aufstellen von Containern oder eine bauliche Erweiterung am bisherigen Schulstandort an.

Zu diesen Alternativen gehört auch eine evt. Anmietung von Räumen des Lan-

des Wohlfahrtsverbandes auf dem Gelände des Psychiatrischen Krankenhauses. Dazu werden seit Monaten Gespräche und Schriftverkehr mit dem Landeswohlfahrtsverband auf örtlicher Ebene geführt. Eine Entscheidung über die Vermarktung des Gesamtgebäudes des Psychiatrischen Krankenhauses steht aus und wird auch von unserem Stadtplanungsamt im Zuge der städtebaulichen Rahmenplanung begleitet.

Wir haben dazu das öffentliche Interesse an einer Anmietung des derzeitigen Therapiegebäudes des Landeswohlfahrtsverbandes bekundet.

Wir hoffen, bis Anfang nächsten Jahres über entscheidungsreife Informationen zur Bewältigung der Raumnot der Schule für Praktisch Bildbare zu verfügen.

Zum kommenden Schuljahr muss eine räumliche Erweiterung der Schule erfolgen.

zu **4.16** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster (Nr.16 10/01)**
Vorlage: VO/0475/2001

Wann wird die gesperrte Treppe auf der Plantage des Steinwegs renoviert?

Es antwortet der Bürgermeister.

Die Treppe musste aus Verkehrssicherungsgründen kurzfristig gesperrt werden. Die Wiederherstellung der Treppe kann unverzüglich nach Lieferung der benötigten neuen Sandsteinstufen in ca. 4 Wochen erfolgen.

Zur weiteren Abhandlung der Tagesordnung berichtet der Stadtverordnetenvorsteher, dass sich die Fraktionen geeinigt haben, zunächst die Tagesordnungspunkte 6 und 7 „Benennung und Wahl von Mitgliedern der Schulkommission“ und Benennung und Wahl von Mitgliedern der Kommissionen zu behandeln. Danach wird der Tagesordnungspunkt 5 „Einführung und Verpflichtung eines hauptamtlichen Stadtrates“ aufgerufen.

zu **5** **Einführung und Verpflichtung eines hauptamtlichen Stadtrats**
Vorlage: VO/0442/2001

Der in der September Sitzung der Stadtverordnetenversammlung gewählte Stadtrat Dr. Franz Kahle wird vom Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer in sein Amt eingeführt und durch Handschlag auf gewissenhafte Erfüllung seiner Aufgaben verpflichtet.

Anschließend übergibt der Oberbürgermeister Stadtrat Dr. Kahle die Urkunde über die Berufung in das Amt mit Wirkung vom 01. November 2001.

Der Ernante legt vor dem Stadtverordnetenvorsteher den Amtseid ab.

Stadtverordnetenvorsteher und Oberbürgermeister sowie die Fraktionen gratulieren Stadtrat Dr. Kahle zum neuen Amt und überreichen einen Blumenstrauß.

zu **6** **Benennung und Wahl von Mitgliedern der Schulkommission**
Vorlage: VO/0319/2001

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Köster - PDS/ML -. Dem Wahlvorbereitungsausschuss lagen in seiner heutigen Sitzung folgende Wahlvorschläge vor:

1. **Benennung von 8 Stadtverordneten**

Daser, Dagmar	SPD
Dinnebier, Kirsten	SPD
Spies, Pauli	SPD
Dersch, Christine	CDU
Kissel, Winfried	CDU
Laßmann, Alev	Bündnis 90/Die Grünen
Kolter, Astrid	PDS/ML
Schwebel, Gerlinde	BfM/FDP

2. **3 Lehrer/-innen**

SPD/Bündnis 90/Die Grünen

Brigitte Görg-Kramß
Volkmar Preisler
Barbara Gröndahl
Anna Lakner
Vera Opitz

CDU

Gisela Müller
Ulrike Nödel

3. **3 Erziehungsberechtigte**

SPD/Bündnis 90/Die Grünen

Birgit Eggert
Werner Giede
Sybille Hausmanns
Johannes Widdascheck
Angela Bernsdorf-Fischer
Carlo Beckmann
Manfred Keller

CDU

Karin Schaffner

4. **3 Schüler/-innen**

SPD/Bündnis 90/Die Grünen

Jan Kemmler
Malte Wagner
Anas Homsí
Barbara Mertins
Julia Schüßler
Raoul Haschke
Eike Gerhardt
Johanna Probst

5. **2 Vertreter/-innen der Kirchen (evangelisch und katholisch)**

SPD/Bündnis 90/Die Grünen

Manfred Hauptmeier (evangelisch)
Thomas Günt (katholisch)

Stellvertreterin:
Ernestine Ebert-Menard (evangelisch)

CDU

Manfred Hauptmeier (evangelisch)
Thomas Günt (katholisch)

Stellvertreter/-in:
Ernestine Ebert-Menard (evangelisch)
Hans Gottschlich (katholisch)

6. **1 Vertreter/-in des Deutschen Gewerkschaftsbundes**

SPD/Bündnis 90/Die Grünen

Stefanie Wolf
Brigitte Preisler
Ralf Schneider
Heinz Wahlers

7. **1 gemeinsame/r Vertreter/-in der Industrie- und Handelskammer, des Einzelhandelsverbandes und der Kreishandwerkerschaft**

SPD/Bündnis 90/Die Grünen

Karl-Michael Opitz

Stellvertreter:
Heiner Dippel

CDU

Karl-Michael Opitz

Stellvertreter:
Heiner Dippel

Es wird darauf hingewiesen, dass die in den Wahlvorschlägen genannten aber nicht gewählten Personen als Stellvertreter gelten.

Der Wahlvorbereitungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die Wahlen aufgrund der vorliegenden Vorschläge durchzuführen.

Die Wahlen der 3 Lehrer/-innen und der 3 Erziehungsberechtigten müssen schriftlich und geheim erfolgen. Bei der Wahl der 3 Schüler/-innen empfiehlt der Stadtverordnetenvorsteher, einen gemeinsamen Wahlvorschlag aller Fraktionen zu bilden und diesen dann offen durch Handzeichen ohne Gegenstimmen anzunehmen. Dagegen wird aus dem Hause nicht gesprochen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Als Schüler/- innen werden in die Schulkommission gewählt:

**Jan Kemmler
Malte Wagner
Anas Homs**

Stellvertreter/-innen:

**Barbara Mertins
Julia Schüßler
Raoul Haschke
Eike Gerhardt
Johanna Probst**

Benennung der 8 Stadtverordneten

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt das Benennungsverfahren. Die Fraktionen benennen folgende 8 Stadtverordnete:

Daser, Dagmar	SPD
Dinnebier, Kirsten	SPD
Spies, Pauli	SPD
Dersch, Christine	CDU
Kissel, Winfried	CDU
Laßmann, Alev	Bündnis 90/Die Grünen
Kolter, Astrid	PDS/ML
Schwebel, Gerlinde	BfM/FDP

Wahl von 2 Vertreter/-innen der Kirchen (evangelisch und katholisch)

Die Stadtverordnetenversammlung wählt einstimmig folgende Mitglieder der Schulkommission:

**Evangelisch: Manfred Hauptmeier
Stellvertreterin: Ernestine Ebert-Menard**

Katholisch: Thomas Günst

Stellvertreter: Hans Gottschlich

Wahl eines/einer Vertreters/-in des DGB

Die Stadtverordnetenversammlung wählt einstimmig Stefanie Wolf in die Schulkommission.

Stellvertreter:

Brigitte Preisler, Ralf Schneider, Heinz Wahlers.

Wahl eines/einer gemeinsamen Vertreters/-in der Industrie- und Handelskammer, des Einzelhandelsverbandes und der Kreishandwerkerschaft

Die Stadtverordnetenversammlung wählt einstimmig in die Schulkommission:

Michael Opitz

Stellvertreter:

Heiner Dippel

Anschließend wählt die Stadtverordnetenversammlung schriftlich und geheim mit vorbereiteten Stimmzetteln die 3 Lehrer/-innen und die 3 Erziehungsberechtigten.

Die Wahlen haben folgendes Ergebnis:

3 Lehrer/-innen

Gültige Stimmen	54
Wahlvorschlag SPD/Grüne	32 = 2 Sitze
Wahlvorschlag CDU	22 = 1 Sitz

Folgende Bewerber/-innen sind gewählt:

- 1. Brigitte Görg-Kramß**
- 2. Volkmar Preisler**
- 3. Gisela Müller**

Stellvertreter:

zu 1. und 2.:

Barbara Gröndahl

Anna Lakner

Vera Opitz

zu 3.:

Ulrike Nödel

3 Erziehungsberechtigte

Gültige Stimmen	54
Wahlvorschlag SPD/Grüne	32 = 2 Sitze
Wahlvorschlag CDU	22 = 1 Sitz

Folgende Bewerber/-innen sind gewählt:

1. **Birgit Eggers**
2. **Werner Giede**
3. **Karin Schaffner**

Stellvertreter:

zu 1. und 2.:

Sybille Hausmanns
Johannes Widdascheck
Angela Bernsdorf-Fischer
Carlo Beckmann
Manfred Keller

zu 7

Benennung und Wahl von Mitgliedern der Kommissionen
Vorlage: VO/0447/2001

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Köster – PDS/ML –. Dem Wahlvorbereitungsausschuss lagen in seiner heutigen Sitzung folgende Wahlvorschläge vor:

1. **Fremdenverkehrskommission**

Benennung der Stadtverordneten:

Schulze-Stampe, Ursula	SPD
Severin, Uli	SPD
Spies, Pauli	SPD
Röhrkohl, Anni	CDU
Heck, Hermann	CDU
Göttling, Dietmar	Bündnis90/Die Grünen
Köster, Henning	PDS/ML
Röllmann, Jan-Bernd	BfM/FDP

Sachkundige Einwohner/-innen

SPD/Bündnis 90/Die Grünen

Dieter Woischke
Erhart Dettmering
Renate Lührmann
Hagen Altvater
Liesel Zeilinga
Prof. Fritz Tent
Kerstin Weigel
Lutz Münzer
Ingeborg Söhngen
Jörg Grunwaldt

CDU

Lutz Münzer
Prof. Fritz Tent
Dieter Woischke
Liesel Zeilinga

BfM/FDP/MBL

Jörg Grunwaldt

2. Wirtschaftsförderungskommission

Stadtverordnete:

Dr. Weinbach, Kerstin	SPD
Löwer, Heinrich	SPD
Brahms, Karin	SPD
Scherer, August	CDU
Usinger, Alexander	CDU
Göttling, Dietmanr	Grüne
Köster, Henning	PDS/ML
Röllmann, Jan-Bernd	BfM/FDP

Sachkundige Einwohner/-innen

SPD/Bündnis/90/Die Grünen

Rüdiger Stolzenberg
Rainer Floherschütz
Klaus-Eberhard Völzing
Susanne Dietzel
Ingrid Feldmann
Helmut Schwarz
Oliver Schmidt

CDU

Robert Peil
Helmut Henkel
Christof Bonn
Klaus Eberhard Völzing

BfM/FDP/MBL

Henner Geil

3. Sport- und Bäderkommission

Benennung der Stadtverordneten

Aab, Peter	SPD
Schröter, Roxane	SPD

Hussein Schaker	SPD
Kaufmann, Anita	CDU
Heubel, Christian	CDU
Petz, Karin	Grüne
Kolter, Astrid	PDS/ML
Zaun, Herbert	BfM/FDP

Sachkundige Einwohner/-innen

SPD/Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Franz Nitsch
 Inge Sauer
 Ellen Freudenstein
 Bernd Hannemann
 Roland Stürmer
 Dr. Marianne Eisenburger
 Dr. Thomas Spies
 Hagen Altvater

CDU

Josef Weber
 Heinz-Peter Schwick
 Dr. Franz Nitsch
 Peter Schmidt

BfM/FDP/MBL

Jan Troeltsch

4. Umweltschutz- und Abfallbeseitigungskommission

Benennung von Stadtverordneten

Dr. Musket, Ralf	SPD
Schröter, Roxane	SPD
Meyer, Uwe	SPD
Scherer, August	CDU
Jakobi, Karl-Joseph	CDU
Laßmann, Alev	Bündnis 90/Die Grünen
Gottschaldt, Eva	PDS/ML
Wüst, Wilfried	BfM/FDP

Sachkundige Einwohner/-innen

SPD/Bündnis 90/Die Grünen

Kurt Knierim
 Petra Schöck
 Mathias Simon
 Gerald Weidemann

Reinhard Karasek
Alfons Schmittner
Monika Biebusch
Marianne Wölk
Wolfgang Mende
Torsten Haak

CDU

Hans-Joachim Hille
Alfons Schmittner
Prof. Dr. Rudolf Allmann

BfM/FDP/MBL

Dr. Uchtmann

5. Kulturkommission

Benennung der Stadtverordneten

Schulze-Stampe, Ursula	SPD
Brahms, Karin	SPD
Spies, Pauli	SPD
Röhrkohl, Anni	CDU
Rising Hintz, Gunilla	CDU
Laßmann, Alev	Bündnis 90/Die Grünen
Richter, Anke	PDS/ML
Schwindack, Frederic	BfM/FDP

Sachkundige Einwohner/-innen

SPD/Bündnis 90/Die Grünen

Sabine Welter
Dr. Friedemann Nassauer
Godehard Cziba
Jochen Kaiser
Dr. G. Pätzold
Cerstin Gerech
Ekkehard Dennewitz
Pajam Katebini
Gerhard Schmid
Monika Kaiser
Thomas Dolla
Jörg Hassmann

CDU

Rotraut Urff
Gabriele Ziehr
Dr. Friedemann Nassauer
Martin Trieschmann

BfM/FDP/MBL

Runhild Piper

6. Sozialhilfekommission

Benennung der Stadtverordneten

Lotz-Halilovic, Erika	SPD
Severin, Uli	SPD
Chatzievgeniou, Pandelis	SPD
Gottschlich, Hannelore	CDU
Schaffner, Karin	CDU
Dr. Perabo, Christa	Bündnis 90/Die Grünen
Gottschaldt, Eva	PDS/ML
Dr. Huesmann, Gregor	BfM/FDP

Sachkundige Einwohner/-innen

SPD/Bündnis 90/Die Grünen

Elvira Nießen
Peter Günther
Walther Rössner
Wolfgang Urban
Anette Brand-Velte
Renate Oberlik
Gabriele Wienstoer
Walther Baudisch
Josepha Zimmermann-Stroh
Rudi Guhrke

CDU

Konrad Weiershäuser
Christel Kühn

BfM/FDP/MBL

Uwe Heuser

7. Gleichstellungskommission

Benennung der Stadtverordneten

Brahms, Karin	SPD
Dr. Weinbach, Kerstin	SPD
Lotz-Halilovic, Erika	SPD
Gottschlich, Hannelore	CDU
Jakobi, Karl-Joseph	CDU
Neuwohner, Elke	Bündnis 90/Die Grünen

Richter, Anke
Schwebel, Gerlinde

PDS/ML
BfM/FDP

Sachkundige Einwohner/-innen

SPD/Bündnis 90/Die Grünen

Godela Linde
Dr. Karola Maltry
Renate Reddemann
Karin Szeder
Marianne Wölk
Petra Kleffner
Renate Oberlik
Claudia Bergelt
Dorothee Mersch
Julia Kalähne
Regina Hirsch
Dr. Renate Rausch
Gerlind Jäckle
Gabi Ahlborn
Monika Forneck

CDU

Regine Wachsmuth-Melm
Inge Gems
Claudia Bergelt

BfM/FDP/MBL

Marlene Heuser

Gemäß den gesetzlichen Bestimmungen müssen die Sachkundigen Einwohner/-innen schriftlich und geheim mit vorbereiteten Stimmzetteln gewählt werden.

Der Wahlvorbereitungsausschuss hat in seiner heutigen Sitzung einstimmig folgenden Beschluss gefasst:

1. Das Benennungsverfahren für die Stadtverordneten der Kommissionen wird beschlossen.
2. Die Sachkundigen Einwohner/-innen sollten von der Stadtverordnetenversammlung schriftlich und geheim mit vorbereiteten Stimmzetteln gewählt werden.

Der Stadtverordnetenvorsteher ruft alle Stadtverordneten anhand einer vorbereiteten Liste zur schriftlichen und geheimen Wahl auf. Der Stimmzettel wird erläutert.

Nach Abschluss der Wahlhandlung gibt der Stadtverordnetenvorsteher das Ergebnis bekannt. Folgendes Wahlergebnis ist einheitlich:

**Fremdenverkehrskommission
Wirtschaftsförderungskommission
Sport- und Bäderkommission
Umweltschutz- und Abfallbeseitigungskommission
Kulturkommission**

Abgegebene gültige Stimmen:	54
Wahlvorschlag SPD/Grüne:	31 = 5 Sitze
Wahlvorschlag CDU	16 = 2 Sitze
Wahlvorschlag BfM/FDP/MBL	7 = 1 Sitz

Wahlergebnis Sozialhilfekommission und Gleichstellungskommission:

Abgegebene gültige Stimmen:	53
Wahlvorschlag SPD/Grüne:	31 = 5 Sitze
Wahlvorschlag CDU	15 = 2 Sitze
Wahlvorschlag BfM/FDP/MBL	7 = 1 Sitz

Somit sind folgende Damen und Herren in den Kommissionen gewählt:

1. Fremdenverkehrskommission

**Dieter Woischke
Erhart Dettmering
Renate Lührmann
Hagen Altvater
Liesel Zeilinga
Lutz Münzer
Prof. Dr. Fritz Tent
Jörg Grunwaldt**

2. Wirtschaftsförderungskommission

**Rüdiger Stolzenberg
Rainer Flohrschütz
Klaus-Eberhard Völzing
Susanne Dietzel
Ingrid Feldmann
Robert Peil
Helmut Henkel
Henner Geil**

3. Sport- und Bäderkommission

**Dr. Franz Nitsch
Inge Sauer
Ellen Freudenstein
Bernd Hannemann
Roland Stürmer
Josef Weber
Heinz-Peter Schwick
Jan Troeltsch**

4. Umweltschutz- und Abfallbeseitigungskommission

**Kurt Knierim
Petra Schöck
Mathias Simon
Gerald Weidemann
Reinhard Karasek
Hans-Joachim Hille
Alfons Schmittner
Dr. Uchtmann**

5. Kulturkommission

**Sabine Welter
Dr. Friedemann Nassauer
Godehard Cziba
Jochen Kaiser
Dr. G. Pätzold
Rotraut Urff
Gabriele Ziehr
Runhild Piper**

6. Sozialhilfekommission

**Elvira Nießen
Peter Günther
Walther Rössner
Wolfgang Urban
Anette Brand-Velte
Konrad Weiershäuser
Christel Kühn
Uwe Heuser**

7. Gleichstellungskommission

**Godela Linde
Dr. Karola Maltry
Renate Reddemann
Karin Szeder
Marianne Wölk
Regine Wachsmuth-Melm
Inge Gems
Marlene Heuser**

Bezüglich der zu entsendenden Stadtverordneten für die Kommissionen fasst die Stadtverordnetenversammlung den Beschluss, das Benennungsverfahren gemäß § 62 Ziff. 2 HGO zu wählen. Folglich gehören die bereits benannten Stadtverordneten, wie vom Vorsitzenden des Wahlvorbereitungsausschusses vorgetragen, den Kommissionen an.

zu 8 **Bildung von Fachbereichen**
Vorlage: VO/0136/2001(2)

Für den Ausschuss für Regionalentwicklung, Verwaltungs- und Parlamentsreform berichtet die Stadtverordnete Rising-Hintz - CDU -. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage. Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker - SPD -. Der Beschlusstenor wurde im Haupt- und Finanzausschuss durch den Magistrat ergänzt und hat nun folgenden Wortlaut:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Bildung von Fachbereichen in der vorliegenden Form zu.

In dieser Fassung empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:
Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Bildung von Fachbereichen in der vorliegenden Form zu.

zu 9 **Übernahme des Friedhofs in Wehrshausen**
Vorlage: VO/0428/2001

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker - SPD -. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. **Die Stadt Marburg übernimmt zum 01. Januar 2002 die Verwaltung und Unterhaltung des Friedhofs im Stadtteil Wehrshausen. Hierzu wird der als Anlage 1 beigefügte Vertrag mit der Kirchengemeinde Marburg-Wehrshausen geschlossen.**
2. **Der als Anlage 2 beigefügte IV. Nachtrag zur Friedhofssatzung der Universitätsstadt Marburg wird beschlossen. Damit gelten für den Friedhof Wehrshausen die Friedhofssatzung und die Friedhofsgebührenordnung der Universitätsstadt Marburg unmittelbar.**

zu 10 **Marburger Ortsrecht**

- hier:
1. **II. Nachtrag zur Satzung über Sondernutzungen an öffentlichen Straßen in der Universitätsstadt Marburg sowie**
 2. **Neufassung des Gebührenverzeichnisses zur Satzung über Sondernutzungen an öffentlichen Straßen in der Universitätsstadt Marburg**

Vorlage: VO/0380/2001

Zu dieser Vorlage wurde im Haupt- und Finanzausschuss die Zurückstellung empfohlen.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück.

zu 11

**Einführung eines doppischen Rechnungswesens bei der Stadt Marburg
Vorlage: VO/0424/2001**

Für den Ausschuss für Regionalentwicklung, Verwaltungs- und Parlamentsreform berichtet die stellvertretende Vorsitzende Stadtverordnete Rising-Hintz - CDU -. Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage. Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker - SPD -. Im Haupt- und Finanzausschuss hat der Oberbürgermeister darauf hingewiesen, dass bei der Kalkulation des Aufwandes und der Personentage eine Änderung vorzunehmen ist (Seite 41 der Vorlage). Beim "Laufenden Aufwand", Position "interne Betreuung", ist bei der Position "Maximum" der Betrag von 60.000 € durch 120.000 € zu ersetzen. Diese Änderung führt zu einer Steigerung der maximalen Gesamtkosten von 3.387.500 € auf 4.287.500 €. Die Steigerung der Maximalkosten ist durch eine eventuell benötigte zweite Stelle bedingt.

Ferner haben die Stadtverordneten Göttling und Dr. Weinbach im Ausschuss beantragt, die Ziffer 3 der Vorlage zu streichen. Der Ausschuss hat diesen Änderungswünschen zugestimmt.

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung unter Berücksichtigung dieser Änderungen die Zustimmung zu der Vorlage.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die so geänderte Beschlussvorlage abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. **Die Stadtverordnetenversammlung nimmt das „Strategische Handlungskonzept Rechnungswesen“ der KGSt consult GmbH zustimmend zur Kenntnis.**
2. **Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, das Rechnungswesen der Stadt auf der Basis der Empfehlungen des „Strategischen Handlungskonzeptes Rechnungswesen“ in dem vorgesehenen Zeitrahmen (möglichst zum 01.01.2004) auf ein doppisches Verfahren umzustellen.**
3. **Die zur Umsetzung des „Strategischen Handlungskonzeptes Rechnungswesen“ erforderlichen Finanzmittel sind – soweit nicht schon angemeldet - zur 2. Lesung des Haushaltsplanes 2002 entsprechend nachzumelden, die vstl. in 2003 und 2004 erforderlichen Mittel sind als Verpflichtungsermächtigungen zu veranschlagen.**

zu 12

**Bauleitplanung der Stadt Marburg
Änderung des Flächennutzungs- und Landschaftsplanes Nr. 14/5 der Stadt Marburg, Stadtteil Schröck, für den Bereich 'Das Buchenrot'
- Abwägung, Zustimmungsbeschluss und aktualisierter Aufstellungsbeschluss -
Vorlage: VO/0103/2001**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Oppermann - CDU -. Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Gegenstimmen der PDS mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

1. **Die Stellungnahmen zu den Anregungen der Träger öffentlicher Belange. Die Grundzüge der Planung werden von den Anregungen nicht berührt.**
2. **Die Stellungnahmen zu den Anregungen der Bürger/innen.**
3. **Für die Änderung des Flächennutzungs- und Landschaftsplanes Nr. 14/5 "Das Buchenrot" wird unter Bezug auf den Erläuterungstext der Zustimmungsbeschluss gefasst.**
4. **Aufgrund der geänderten Flächendarstellung im Bereich der Ausgleichsflächen wird ein aktualisierter Aufstellungsbeschluss gefasst.**

zu 13

Bauleitplanung der Stadt Marburg

hier: Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 14/11 der Stadt Marburg, Stadtteil Schröck, für den Bereich 'Das Buchenrot'

Vorlage: VO/0280/2001

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Oppermann - CDU -. Im Bau- und Planungsausschuss wurde von der SPD-Fraktion folgende geänderte Beschlussformulierung zu diesem Tagesordnungspunkt vorgelegt:

1. Der eingeschränkten 2. Offenlage und dem aktualisierten Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes Nr. 14/11 der Stadt Marburg, Stadtteil Schröck, für den Bereich "Das Buchenrot" wird unter den folgenden Grundvoraussetzungen zugestimmt:
 - a) Die derzeit unbefriedigende Situation des Abwassernetzes in Schröck wird einer dauerhaft zufriedenstellenden Lösung zugeführt. Dies beinhaltet nicht nur die rechnerisch überstauten Kanalabschnitte, sondern auch das Problem der Geruchsbelästigung durch die Druckleitung vom Elisabethbrunnen.
 - b) Der Magistrat veranlasst eine genaue Bedarfsermittlung für Wohnraum in Schröck für die nächsten Jahre. Dabei soll sowohl der Binnenbedarf der heutigen Schröcker Bevölkerung als auch der mögliche Siedlungsdruck durch den 2. Bauabschnitt des Klinikums auf den Lahnbergen berücksichtigt werden. Ziel soll sein, nicht nur die Anzahl der voraussichtlich benötigten Wohneinheiten zu ermitteln, sondern auch eine Prognose über den Bedarf an Infrastruktur abzugeben. (Kindergartenplätze, Kapazität der Grundschule Schröck - Bauerbach, Einkaufsmöglichkeiten).
 - c) Der ÖPNV muss bedarfsgerecht ausgeweitet werden.
 - d) Es werden keine Vorwegbaugenehmigungen bzw. positiv beschiedene Bauvoranfragen in Erwartung des Satzungsbeschlusses ausgesprochen.

2. Der Magistrat der Stadt Marburg legt den Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 14/11 "Das Buchenrot" erst dann der Stadtverordnetenversammlung zum Beschluss vor, wenn die o. g. Grundvoraussetzungen a) bis d) erfüllt sind.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die geänderte Vorlage abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Gegenstimmen der PDS mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss.

1. **Der eingeschränkten 2. Offenlage und dem aktualisierten Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes Nr. 14/11 der Stadt Marburg, Stadtteil Schröck, für den Bereich "Das Buchenrot" wird unter den folgenden Grundvoraussetzungen zugestimmt:**
 - a) Die derzeit unbefriedigende Situation des Abwassernetzes in Schröck wird einer dauerhaft zufriedenstellenden Lösung zugeführt. Dies beinhaltet nicht nur die rechnerisch überstauten Kanalabschnitte, sondern auch das Problem der Geruchsbelästigung durch die Druckleitung vom Elisabethbrunnen.
 - b) Der Magistrat veranlasst eine genaue Bedarfsermittlung für Wohnraum in Schröck für die nächsten Jahre. Dabei soll sowohl der Binnenbedarf der heutigen Schröcker Bevölkerung als auch der mögliche Siedlungsdruck durch den 2. Bauabschnitt des Klinikums auf den Lahnbergen berücksichtigt werden. Ziel soll sein, nicht nur die Anzahl der voraussichtlich benötigten Wohneinheiten zu ermitteln, sondern auch eine Prognose über den Bedarf an Infrastruktur abzugeben. (Kindergartenplätze, Kapazität der Grundschule Schröck - Bauerbach, Einkaufsmöglichkeiten).
 - c) Der ÖPNV muss bedarfsgerecht ausgeweitet werden.
 - d) Es werden keine Vorwegbaugenehmigungen bzw. positiv beschiedene Bauvoranfragen in Erwartung des Satzungsbeschlusses ausgesprochen.
2. Der Magistrat der Stadt Marburg legt den Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 14/11 "Das Buchenrot" erst dann der Stadtverordnetenversammlung zum Beschluss vor, wenn die o. g. Grundvoraussetzungen a) bis d) erfüllt sind.

zu 14 **Landschaftsplan 'Östliche Stadtteile' - LP-O**
Vorlage: VO/0102/2001

Der Bau- und Planungsausschuss hat empfohlen, die Vorlage zu vertagen bis zur nächsten Sitzung. Auch die Stadtverordnetenversammlung vertagt die Vorlage.

zu 15 **Dringlichkeitsanträge**

zu 15.1 **Dringlichkeitsantrag aller Fraktionen betr. Spenden für Flüchtlingskinder in Afghanistan**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird ermächtigt, UNICEF Deutschland 20.000 DM für seine Hilfsaktion "Bringt die Kinder durch den Winter" zur Linderung der Not afghanischer Flüchtlingskinder zur Verfügung zu stellen.

Die Stadtverordnetenversammlung ruft gleichzeitig die Marburger Bürgerinnen und Bürger auf, sich an der Hilfsaktion zu beteiligen. Spenden werden erbeten zu Guten UNICEF-Marburg, Konto 31000157, Sparkasse Marburg-Biedenkopf, Kennwort: "Afghanistan".

Ferner erteilt die Stadtverordnetenversammlung den Auftrag an den Magistrat, eine außerplanmäßige Ausgabe für diesen Zweck zu beantragen.

zu 16 **Anträge der Fraktionen**

zu 16.1 **Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Kooperation von Sparkasse und heimischen Genossenschaftsbanken
Vorlage: VO/0152/2001**

Der Antrag wurde im Haupt- und Finanzausschuss zurück gezogen.

zu 16.2 **Antrag der MBL-Fraktion betr. Gewerbesteuerhebesatz
Vorlage: VO/0297/2001**

Der Antrag wurde im Haupt- und Finanzausschuss zurück gestellt. Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück.

zu 16.3 **Antrag der CDU-Fraktion betr. Fahrtkostenerstattung für Schüler und Schülerinnen
Vorlage: VO/0351/2001**

Die Vorlage wurde zu Beginn der Sitzung für erledigt erklärt.

zu 16.4 **Antrag der CDU-Fraktion betr. Verlängerung der Linie 16 zum Kaiser-Wilhelm-Turm / Spiegelslust
Vorlage: VO/0395/2001**

Der Antrag wurde im Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften von der antragstellenden Fraktion zurück gezogen.

zu 16.5 **Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Entbürokratisierung der Jugendarbeit
Vorlage: VO/0402/2001**

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo - Bündnis 90/Die Grünen -. Der Sozialausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird aufgefordert, ein Verfahren zu entwickeln, welches die Praxis bei der Übernahme von Kosten bei Veranstaltungen der Jugendgruppen des Stadtjugendrings entbürokratisiert. Desweiteren wird der Magistrat aufgefordert zu überprüfen, inwiefern die Höhe der gewährten Kosten denen des Landkreises angeglichen werden können.

**zu 16.6 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Waldkindergarten
Vorlage: VO/0407/2001**

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo - Bündnis 90/Die Grünen -. Der Sozialausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, gemeinsam mit der Gruppe "Waldkindergarten" ein Konzept für eine integrierte Waldkindergartengruppe rechtzeitig bis zu den Haushaltsverhandlungen zu erarbeiten. Das Konzept soll die Betreuung von 20 Kindern vormittags im Wald und nachmittags in einem städtischen Kindergarten ermöglichen.

**zu 16.7 Antrag der SPD und B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen in Marburg
Vorlage: VO/0415/2001**

Der Antrag wurde im Bau- und Planungsausschuss behandelt, geändert und anschließend zur Annahme empfohlen. Gleichzeitig erfolgte die Überweisung an den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr.

Auch die Stadtverordnetenversammlung überweist diesen Antrag an den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr zur weiteren Beratung.

zu 17 Kenntnisnahmen

**zu 17.1 Genehmigung einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung im Vermögenshaushalt 2001
hier: Hst. 1300/9351 'Fahrzeuge'
Vorlage: VO/0314/2001**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**zu 17.2 Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe im Vermögenshaushalt 2001
hier: Hst. 1110/9400 'Beseitigung von brandschutz- und sicherheitstechnischen Mängeln in Gebäuden'
Vorlage: VO/0315/2001**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zu 17.3 Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe im Vermögenshaushalt

2001

hier: Hst. 2304/9401 'Erneuerungsmaßnahmen'

Vorlage: VO/0343/2001

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zu **17.4** **Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgaben im Vermögenshaushalt 2001**

hier: Hst. 4601/9402 'Anbau und Sanierung Haus der Jugend'

Vorlage: VO/0344/2001

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zu **17.5** **Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe im Vermögenshaushalt 2001**

hier: Hst. 6150/9480 'Sicherung mittelalterliche Synagoge'

Vorlage: VO/0375/2001

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zu **17.6** **Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgaben im Vermögenshaushalt 2001**

hier: Hst. 0201/9350 'Ausstattungen'

Vorlage: VO/0382/2001

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zu **17.7** **Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe im Vermögenshaushalt 2001**

hier: Hst. 4601/9413 'Dachsanierung Damaschkeweg 96'

Vorlage: VO/0419/2001

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zu **17.8** **Unterrichtung der Stadtverordnetenversammlung über den Stand der den Ämtern zugewiesenen Budgets zum 30. September 2001**

Vorlage: VO/0430/2001

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Nach diesen Sachbeschlüssen geht der Stadtverordnetenvorsteher nochmals auf die Wahlen zu den Kommissionen ein und berichtet zum Wahlergebnis. Danach lädt der Stadtverordnetenvorsteher alle Mitglieder des Hauses zu einem Sektempfang auf die Galerie ein aus Anlass der Amtseinführung des neuen Stadtrates Dr. Franz Kahle, der heute letztmalig als Stadtverordneter an der Sitzung teilgenommen hat.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 21:00 Uhr.

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Spies
stellv. Vorsitzende
der SPD-Fraktion

Rehlich
Vorsitzender
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle

Anlagen
Dringlichkeitsanträge
Beantwortung des Magistrats zur Kleinen Anfrage Nr. 9